

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates - Haushaltsberatungen

am Donnerstag, den 22.11.2018
im Angletsaal, Kulturzentrum am Karlsplatz

Beginn:	09:30 Uhr
Ende	17:25 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Mitglieder des Stadtrates

Beyer-Nießlein, Elke	abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 20-29
Bock, Dieter	
Bucka, Markus, Dr.	
Deffner, Thomas	abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 14
Denzlinger, Stefan	
Enzner, Gerhard	
Fabi, Markus	
Forstmeier, Werner	
Frauenschläger, Elvira	abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 22
Fröhlich, Uwe	
Gowin, Michael	abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 25
Hayduk, Ingo	
Hillermeier, Joseph	
Höhn, Sebastian	
Homm-Vogel, Elke	
Hüttinger, Hannes	abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 32
Illig, Richard	
Koch, Helga	entschuldigt ab TOP 5b Nr. 39
Kupser, Paul, Dr.	
Link, Gert	abwesend bei TOP 5a Beschl.Nr. 12
Lintermann, Jochen	abwesend bei TOP 5a Beschl.Nr. 6 + TOP 5b Beschl.Nr. 25
Meyer, Boris-Andrè	
Müller, Hubert	abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 20-25
Porzner, Martin	abwesend bei TOP 5a Beschl.Nr. 25
Raschke-Dietrich, Monika	
Reisner, Frank	abwesend bei TOP 5a Beschl.Nr. 12
Salinger, Stefan	

Sauerhammer, Gerhard
Sauerhöfer, Jochen
Schalk, Andreas
Schaudig, Otto

abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 32
abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 22 +
TOP 5c Beschl.Nr. 8-10

Schildbach, Uwe
Schober, Manfred
Schoen, Christian, Dr.
Sichelstiel, Michael
Sichermann, Paul
Stephan, Manfred
von Blohn, Christine, Dr.
Weinberg-Jeremias, Kerstin

abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 13+14
abwesend bei TOP 5b Beschl.Nr. 42

Schriftführerin

Jakob, Barbara
Schäff, Birgit

Verwaltung

Ziegler, Anne
Zobel, Gerhard

Referenten

Büschl, Jochen
Jakobs, Christian
Kleinlein, Udo
Nießlein, Holger
Schlieker, Ute
Schwarzbeck, Hans

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Seiler, Friedmann

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Aktuelle Haushaltssituation
- TOP 2 Höchstbetrag der Kassenkredite 2019 -Entscheidung-
- TOP 3 Stellenplan 2019
- TOP 4 Ergänzungen zum Haushaltsentwurf 2019;
 - a) Veränderungen der grundlegenden Finanzierungsvoraussetzungen
 - b) Fortschreibung des Haushaltsentwurfes -Verwaltungsvorschlag-
- TOP 5 Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2019;
 - a) Verwaltungshaushalt
 - b) Vermögenshaushalt
 - c) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung
- TOP 6 Abgleich des Haushalts 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung; Auftrag an die Kämmerei
- TOP 7 Anfragen/Bekanntgaben

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Stadtrates - Haushaltsberatungen geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Aktuelle Haushaltssituation

Frau OB Seidel erklärt einleitend, dass dies der letzte Haushalt für Herrn Schwarzebeck ist und hiermit eine Ära zu Ende geht. Besonders betont sie, dass ihn sein Gespür für Finanzen, seine große Sachkenntnis und die gute Vernetzung auszeichnen. Sie dankt ihm und seinem Team auch für die Vorbereitung dieser Haushaltsverhandlungen.

Der Haushalt 2019 ist ein neuer Rekordhaushalt mit einem dicken Investitionsprogramm, der im Entwurf mit ca. 164 Mio. € ausgeglichen ist, mit Fortschreibung sind es sogar ca. 166 Mio. €. Die Gründe für den dicken Haushalt sind, wie bei den letzten voluminösen Haushalten, große Investitionen, große Verpflichtungen wie z.B. ANregiomed, steigende Sozialausgaben, aber auch steigende Einnahmen.

Es gibt wieder ein umfangreiches Investitionspaket von rund 25 Mio. €. Darin sind viele wichtige, notwendige und zukunftssichernde Maßnahmen enthalten. Der Schwerpunkt liegt wie gewohnt auf Bildung und Infrastruktur. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits im Laufe des Jahres von uns / von Ihnen beschlossen.

Im Investitionspaket:

- 5,4 Mio. € für Schulen (u.a. Berufs- und Wirtschaftsschule, Schule Schalkhausen) – mittelfristig sind es 8 Mio. €.
- deutlich über 3 Mio. € für Kinderbetreuung (KiTa Pfaffengreuth, Kinderhaus Kunterbunt) – mittelfristig sind es 5,5 Mio. €.
- für Straßen- und Brückenbau, Wasserbau und Erschließungsmaßnahmen 8,5 Mio. € (Straße am Drechselsgarten, Rothenburger Straße, Neustadt, Baugebiet Meinhardswinden) – mittelfristig sind es 16 Mio. €.
- neu sind Investitionen in Digitalisierung: Schulen 673 T€ sowie Digitales Gründerzentrum 150 T€ zzgl. Ausgaben im VwH: 157 T€

Ausgaben für die Zukunft „verstecken“ sich auch in den steigenden Personalausgaben, hier insbesondere die Aufstockung des Personals für die Kinderbetreuung sowie wichtige und notwendige 1 ½ Stellen im Baureferat. Ein Blick auf die Personalkostenquote von 26,69% bzw. Personalausgaben/Einwohner in Höhe von 872,66 € zeigt, dass Ansbach hier weit unter dem Durchschnitt liegt. Die durchschnittlichen Personalausgaben pro Einwohner in kreisfreien Städten in Franken lagen z.B. im Jahr 2017 bei 926 €.

Außerdem weist Frau OB Seidel wieder auf ein großes Paket an freiwilligen Leistungen hin, z.B. für den Bereich Kultur. Laut Kulturfinanzbericht 2016 des Statistischen Bundesamtes stellt die öffentliche Hand Ø 1,7% ihres Gesamtetats für Kultur zur Verfügung.

Ansbach hat 2019 im Einzelplan 3 – also Wissenschaft, Forschung und überwiegend Kultur- Gesamtausgaben in Höhe von 5,2 Mio. € geplant. Das entspricht sogar ca. 3,2% des gesamten Haushaltsvolumens.

Frau OB Seidel macht auf die Rücklagensteigerung –bis Ende 2018 voraussichtlich 10 Mio. €- aufmerksam. Dies ist auf den Verkauf der Gewerbefläche in Elpersdorf zurückzuführen. Die Verschuldung werde zurückgefahren.

Eine Netto-Neuverschuldung ist trotz hoher Belastungen z.B. bei ANregiomed 2019 nicht vorgesehen. Die IST-Verschuldung wird Ende 2018 ca. 22 Mio. € betragen. Dies entspricht 528 € pro Einwohner (Ende 2019: ca. 21 Mio. €). Geplant waren 29,8 Mio. € (ca. 716 € pro Einwohner). Kreisfreie Städte in Bayern haben im Durchschnitt eine pro-Kopf-Verschuldung von ca. 1.300 €.

Frau OB Seidel führt aus, dass der vorgelegte Entwurf eine solide, gleichzeitig zukunftsweisende und gute Arbeitsgrundlage für die kommenden Jahre ist. Einige eingegangenen Anträge beinhalten interessante Ideen, aber auch viel Wünschenswertes.

Abschließend wünscht sie gute, faire und nicht zu lange dauernde Haushaltsberatungen und übergibt die Worte an Herrn Schwarzbeck.

Herr Schwarzbeck führt aus, dass der heute zur Beratung vorliegende Haushaltsentwurf 2019 im Zusammenhang mit dem Vorjahr und den Jahren der mittelfristigen Planung bis 2022 gesehen werden muss. Die Verwaltung der Stadt Ansbach erwartet einen sehr positiven Abschluss des Haushaltsjahres 2018 und kann somit einen investitionsstarken und nachhaltig ausgerichteten Haushalt 2019 vorlegen. Auch die mittelfristige Planung ist ausgeglichen und sieht keine Netto-Neuverschuldung vor. Gerade in dieser Situation ist die Erkenntnis enorm wichtig, dass das zu erwartende positive Ergebnis im Jahr 2018 nicht der Maßstab für die Finanzplanung bis 2022 und der folgenden Jahre sein kann.

Wenn die vorhandenen Rücklagemittel aus dem Verkauf eines Gewerbegrundstückes aufgebraucht sind und Zeiten eines deutlich gebremsten Wirtschaftswachstums folgen, wird der Stadtrat bei finanziellen Dingen wieder über echte Finanzierungsprobleme sprechen müssen.

Nettoneuverschuldung für unabwiesbare Investitionen, zeitliche Streckung von Baumaßnahmen und einschneidende Sparmaßnahmen im laufenden Betrieb der Stadt Ansbach werden dann die beherrschenden Themen sein. In 33 Jahren Finanzverwaltung der Stadt Ansbach habe er dies schon mehrmals erlebt.

Herr Schwarzbeck nennt die Gründe für seine Aussagen:

- Die Steuerkraft der Stadt Ansbach ist stagnierend, während andere kreisfreie Städte deutliche Anstiege der Steuerkraft vermelden können. Natürlich gleichen die Schlüsselzuweisungen manches aus. Aber nur so lange wie die Steuereinnahmen des Freistaats Bayern im positiven Bereich liegen.

- Bei einem rückläufigen Wirtschaftswachstum (einige Zeichen deuten darauf hin) werden die Beteiligungen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sofort auf der Einnahmenseite der Stadt Ansbach negative Spuren hinterlassen.
- Die hohen Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung also im Einzelplan 4 unseres Haushalts werden weiterhin ansteigen. Als Beispiel greift er die Personalkosten für die Kinderbetreuung heraus, die von 2015 bis 2019 um rund 1,4 Mio. Euro gestiegen sind und weiter ansteigen werden.
- Die finanziellen Unabwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Kommunalunternehmen ANregiomed werden die Stadt Ansbach noch mehr als bisher belasten. Mittelfristig wird hier von zweistelligen Millionenbeträgen gesprochen.

Alle diese Problemfelder, Risiken und Unabwägbarkeiten sollten bei den heutigen Beratungen berücksichtigt werden.

Die Stadt Ansbach erbringt bereits jetzt überdurchschnittlich hohe freiwillige Leistungen. Maßvolle Erhöhungen sind in einem Haushalt mit einem Volumen von rd. 164 Mio. € gut verkraftbar.

Zu bedenken sei, dass eine Rückführung von großzügigen freiwilligen Leistungen und die Finanzierung von städtischen Einrichtungen, die keine Pflichtaufgaben sind, nur unter lautstarken Protesten der betroffenen Bürger erfolgen können.

Abschließend weist er auf folgende Weisheit hin, die auch in der freien Wirtschaft häufig aufgeworfen wird, aber leider sehr selten beherzigt wird:

Gerade in finanziell guten Zeiten werden häufig die größten Fehler gemacht.

Dient zur Kenntnis.

TOP 2 Höchstbetrag der Kassenkredite 2019 -Entscheidung-

Herr Schwarzbeck führt aus, dass während eines Haushaltsjahres die Liquidität, die sogenannte Kassenlage, Schwankungen unterworfen ist. Zur Sicherung von fälligen Zahlungen bzw. zur Zwischenfinanzierung sind zeitlich begrenzt Kassenkredite notwendig.

Nach dem Kommunalen Haushaltsrecht soll der Höchstbetrag der Kassenkredite 1/6 der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nicht überschreiten. Nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf wären dies für die Stadt Ansbach höchstmögliche Kassenkredite im Jahr 2019 von rund 22,6 Mio. €.

Um die Liquidität der Stadtkasse sicherzustellen, wird vorgeschlagen, den Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahr 2019 auf 15 Mio. € wie im Vorjahr festzusetzen.

Kassenkredite für den Eigenbetrieb Stadtbau Ansbach sind getrennt von den Kassenkrediten des eigentlichen Haushalts festzusetzen. Aus Sicht der Verwaltung sind für die Stadtbau Ansbach keine Kassenkredite erforderlich.

Beschluss:

Der Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahr 2019 wird auf 15 Mio. € festgesetzt.

Für den Eigenbetrieb Stadtbau Ansbach werden keine Kassenkredite festgesetzt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Stellenplan 2019

Herr Jakobs weist darauf hin, dass der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 durch den Personalausschuss des Stadtrates in dessen Sitzung am 8.11.2018 vorbereitet wurde. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 sieht 12 neue Planstellen und somit insgesamt im Beamtenbereich 121 Stellen und im Arbeitnehmerbereich 425 Stellen vor. Dies ist eine Steigerung von 2,25 % gegenüber dem Vorjahr.

Herr Jakobs trägt anschließend den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 wird wie folgt zugestimmt:

- a) 121 Beamten-Planstellen
 - b) 425 Arbeitnehmer-Planstellen
- 546 Stellen insgesamt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 Ergänzungen zum Haushaltsentwurf 2019; a) Veränderungen der grundlegenden Finanzierungsvoraussetzungen b) Fortschreibung des Haushaltsentwurfes -Verwaltungsvorschlag-
--

Herr Schwarzbeck trägt folgenden Sachverhalt vor:

Der Haushaltsentwurf 2019 wurde zahlenmäßig Stand Ende September 2018 gefertigt. Seit dieser Zeit haben sich verschiedene Änderungen ergeben, die dem Stadtrat nicht vorenthalten werden sollten. Unter a) werden die grundlegenden Änderungen bei der Finanzierung und unter b) ein Verwaltungsvorschlag für durchzuführende Änderungen am Haushaltsentwurf 2019 vorgelegt.

a) Veränderungen der grundlegenden Finanzierungsvoraussetzungen

Herr Schwarzbeck beginnt mit einer guten Nachricht. Der Haushalt 2018 wird mit einem deutlichen Überschuss abschließen, da Ende September/Anfang Oktober der Verkaufserlös aus dem Gewerbegrundstück Elpersdorf kassenmäßig eingegangen ist.

Der Überschuss aus dem Haushalt 2018 wird im Rahmen der Jahresrechnung der Höhe nach festgestellt und dann der allgemeinen Rücklage zugeführt. Somit steht der Überschuss des Jahres 2018 für zukünftige Vorhaben zur Verfügung. Über zukünftige Planungen zur Verwendung der allgemeinen Rücklage entscheidet wie immer der Stadtrat.

Die Steuerschätzung im Herbst 2018 weicht geringfügig von der Steuerschätzung vom Mai 2018 ab. Die Abweichungen sind aber so gering, dass diese keinen Einfluss auf den Haushalt 2019 haben. Die etwas rückläufigen Steuereinnahmen für die Kommunen wurden insbesondere bei der Gewerbesteuer wegen örtlicher Besonderheiten bereits berücksichtigt.

Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft wurde von rund 49 % auf rund 41 % gesenkt. Dies war erforderlich, da sich die Kostenbeteiligung des Bundes auf annähernd 50 % gesteigert hat und dann eine sogenannte Bundesauftragsverwaltung vorgelegen hätte. Dieser Rückgang der Bundesbeteiligung wird durch eine Erhöhung der Beteiligung an der Umsatzsteuer ausgeglichen und fällt sogar etwas höher aus. Diese geänderte Finanzierung wurde erst in der ersten Oktoberhälfte 2018 bekannt.

Die Beschlüsse des Personalausschusses bei der Stellenplanberatung am 08.11.2018 wurde in die Fortschreibungsliste aufgenommen. Ebenso aufgenommen wurden die Finanzierungszusagen des Freistaates Bayern zur Förderung der Digitalisierung an Schulen (Glasfaseranschlüsse, digitales Klassenzimmer etc.).

Bevor das Stadtratsgremium Entscheidungen zum Haushalt 2019 trifft, weist er nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Einnahmen zum Haushalt 2019 absolut ausgereizt wurden. Anträge zur Erhöhung der Einnahmen bei Steuern, Zuweisungen und Steuerbeteiligungen kann die Verwaltung absolut nicht befürworten, da diese zwangsläufig zu einem Minus im Haushaltsjahr 2019 führen würden.

Inhalte aus dem Koalitionsvertrag der neuen Staatsregierung werden ebenfalls von der Verwaltung nicht berücksichtigt, da dieser Koalitionsvertrag erst in entsprechende Gesetze und Rechtsverordnungen umgesetzt werden muss. Hinsichtlich dieser Umsetzungen sind derzeit keinerlei Informationen vorhanden.

Die in der Fortschreibungsliste der Verwaltung vorgelegten Punkte werden im Anschluss jeweils kurz erläutert.

b) Fortschreibung des Haushaltsentwurfes – Verwaltungsvorschlag –

Herr Schwarzbeck teilt mit, dass in der übersandten Excel-Auflistung „Fortschreibung des Haushaltsentwurfes 2019 – Verwaltungsvorschlag“ die Veränderungen zum HH-Entwurf einzeln aufgeführt sind. Dieser Verwaltungsvorschlag schließt mit einem Überschuss i.H.v. 31.100 € ab.

Herr Hüttinger beantragt

- bei der HHSt. 3400.7180 einen höheren Zuschuss von 20.000 €, somit insgesamt 60.000 € und

- die Schaffung eines eigenen Unterabschnittes für das Kulturforum mit einem Haushaltsansatz von 80.000 € und begründet dies.

Herr Schwarzbeck ist der Auffassung, dass es so belassen werden solle. Es bestehen noch keine vertraglichen Regelungen zwischen der Stadt und dem Kulturforum. Ein eigener Unterabschnitt und entsprechende Mittel könnten für 2020 eingeplant werden. Der jetzige Haushaltsansatz ist aufgrund der vorliegenden Anträge vom Kulturforum e.V. bereits um 25.000 € höher angesetzt.

Frau Schlieker berichtet von intensiven Gesprächen mit Herrn Rupert und Herrn Baumann im Hinblick auf das Kulturforum. Diese würden notfalls im ersten Jahr der Fusion mit dem jetzigen Haushaltsansatz der Verwaltung zurecht zu kommen. Im Sommer wolle man sich erneut zusammensetzen und schauen, wie es läuft und der Bedarf im Jahr 2020 aussieht. Eine vertragliche Vereinbarung werde für 2019 und ein eigener Unterabschnitt für 2020 angestrebt.

Herr Meyer, Frau Homm-Vogel und Herr Illig sprechen sich für einen eigenen Unterabschnitt aus.

Nach eingehender Diskussion und Meinungsäußerung ist man sich einig, an dieser Stelle zuerst über die grundsätzliche Schaffung eines Unterabschnittes abzustimmen. Über die Höhe des Haushaltsansatzes soll unter TOP 5 entschieden werden.

Frau OB Seidel lobt den Zusammenschluss zum Kulturforum und das hohe Engagement, das man gerne unterstütze. Sie hält einen eigenen Unterabschnitt erst für sinnvoll, wenn die vertragliche Regelung abgeschlossen ist. Diese Praxis hat sich bei vielen Initiativen bewährt. Das Kulturforum stehe auch noch am Anfang. Insofern sollten die zusätzlichen 10.000 € plus 15.000 € erstmal reichen. Sie sagt außerdem bei Bedarf eine weitere finanzielle Unterstützung für einzelne Projekte durch die Sparkasse zu. Nicht finanziert würden laufende Personalkosten. Es könne auch, wie bei anderen Vereinen, erwartet werden, dass z.B. die Steuerberatung u.ä. ehrenamtlich organisiert werde.

Sodann wird über den Antrag von Herrn Hüttinger, für das Kulturforum einen eigenen Unterabschnitt zu schaffen, abgestimmt. Über die Höhe des Haushaltsansatzes wird unter TOP 5 abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Ja 16 Nein 23
Mehrheitlich abgelehnt.**

Abschließend werden einige Anfragen der Stadträte zur Fortschreibungsliste beantwortet.

Herr Schwarzbeck trägt anschließend den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgelegte Fortschreibung des Haushaltsentwurfs 2019 mit Datum 15.11.2018 (Anlage 1) wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechenden Änderungen am Haushaltsentwurf 2019 vorzunehmen. Soweit Verpflichtungsermächtigungen notwendig sind, wird die Verwaltung ermächtigt diese einzuplanen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5	Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2019; a) Verwaltungshaushalt b) Vermögenshaushalt c) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung
--------------	---

TOP 5a
Verwaltungshaushalt

Beschluss:

Einzelbeschlüsse siehe Anlage 2

TOP 5b
Vermögenshaushalt

Beschluss:

Einzelbeschlüsse siehe Anlage 3

Herr Schwarzbeck weist darauf hin, dass sich durch die Beschlüsse ein ungedeckter Betrag in Höhe von 344.400 € ergeben habe. Er schlägt vor, einige Maßnahmen zeitlich zu strecken und als VE im Jahr 2020 aufzunehmen.

Beschluss:

Gestreckt werden folgende Maßnahmen:

Grundschule Schalkhausen	→ 25.000 €
Kreisverkehr Elpersdorf	→ 15.000 €
Fahrzeugbeschaffungen	→ 40.000 €
Hirtenbuck	→ 40.000 €
Ernst-Körner-Ring	→ 60.000 €
KiGa Akazienstraße	→ 50.000 €
KiGa Albert-Schweitzer-Straße	→ 30.000 €
Ausbau Neustadt	→ 60.000 €

Gesamteinsparung durch Streckung:	320.000 €
+ Rest aus dem DR Straßenunterhalt:	25.000 €

=	345.000 €

Ja 27 Nein 12
Mehrheitlich beschlossen.

TOP 5c
Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung

Beschluss:

Einzelbeschlüsse siehe Anlage 4

Beschluss:

Die Finanzierung erfolgt durch staatliche Fördermittel und durch eine Entnahme aus der Rücklage.

**Ja 24 Nein 15
Mehrheitlich beschlossen.**

TOP 6	Abgleich des Haushalts 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung; Auftrag an die Kämmerei
--------------	---

Herr Schwarzbeck teilt mit, dass nach Abschluss der Beratungen des Haushalts 2019 das Zahlenwerk und die mittelfristige Finanzplanung unter Berücksichtigung der Stadtratsbeschlüsse ausgeglichen werden muss.

Beschluss:

Die Stadtkämmerei wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Beschlüsse zum Haushaltsplan 2019, diesen und die mittelfristige Finanzplanung auszugleichen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 7	Anfragen/Bekanntgaben
--------------	------------------------------

Es liegen keine Anfragen/Bekanntgaben vor.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzungen des Stadtrates vom 18.09.2018, 09.10.2018 und 19.11.2018 wurden durch Auflage genehmigt.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Birgit Schäff
Schriftführer/in

Barbara Jakob
Schriftführer/in